

## **8. Kultur für alle statt für wenige**

Postulat Tobias Langenegger (SP, Zürich), Sarah Akanji (SP, Winterthur) vom 20. April 2020

KR-Nr. 116/2020, Entgegennahme, Diskussion

*Ratsvizepräsidentin Sylvie Matter:* Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Rochus Burtscher hat an der Sitzung vom 17. August 2020 Antrag auf Nichtüberweisung des Postulates gestellt.

*Tobias Langenegger (SP, Zürich):* Um was geht es? Die SP möchte den Regierungsrat mit diesem Postulat beauftragen, zu analysieren, wie er das Kulturangebot im Kanton Zürich noch besser einer breiten oder sagen wir der ganzen Bevölkerung zugänglich machen kann. Die Corona-Krise (*Covid-19-Pandemie*) hat es uns schmerzhaft vor Augen geführt: Kultur ist wichtig, Kultur regt an, Kultur fördert den Austausch zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Zudem zeigte uns die Pandemie auch, wie viele Menschen direkt und indirekt wirtschaftlich von der Kultur abhängig sind. Es ist uns ein Anliegen, dass Kultur nichts Elitäres ist. Es gibt keine richtige oder eben falsche Kultur. Kultur ist für alle und soll deshalb auch für alle zugänglich sein.

Der Kanton Zürich ist verantwortlich für das Opernhaus und das Theater Kanton Zürich. Beide machen bereits viel, um ihre Inhalte einem möglichst breiten Publikum zugänglich zu machen. Das Theater Kanton Zürich beispielsweise reist sozusagen direkt zu seinem Publikum, um dieses zu erreichen. Das Opernhaus veranstaltet günstige Volksvorstellungen, die praktisch immer schon sehr früh auch ausverkauft sind. Zudem ist die «Oper für alle» auf dem Sechseläutenplatz oder das «Ballett für alle» augenscheinlich immer ein grosser Erfolg.

Davon braucht es mehr. Kultur im Kanton Zürich ist nicht nur das Opernhaus und das Theater Kanton Zürich. Der Kanton Zürich unterstützt noch viele weitere Kulturinstitutionen im Kanton. So hat er 2021 über 16 Millionen Franken Betriebsbeiträge gesprochen. Hier ist es uns ein Anliegen, hier ist es uns wichtig, dass der Kanton Zürich in diesen Leistungsvereinbarungen dafür schaut, dass die unterstützten Institutionen dazu verpflichtet werden, dass ihre Angebote niederschwellig für alle zugänglich sind. «Alle» beinhaltet insbesondere auch Menschen mit wenig Ressourcen. Für diese braucht es beispielsweise Gratis-Eintritte, wobei es hier sehr wichtig ist, dass wir in einer Gesellschaft leben, wo «gratis» immer gleich «kein Wert» ist und man schauen muss, dass dann die Kultur nicht marginalisiert wird. Es braucht mehr Volksvorstellungen et cetera. Dabei ist zu beachten, dass Menschen mit wenig Mitteln meist viel arbeiten, sogenannte Working Pools, und deshalb kaum an einem Montag Zeit für kulturelle Aktivitäten haben. Es geht aber nicht nur ums Geld, es geht auch um Teilhabe. Der Kanton soll sich dafür einsetzen, dass die von ihm unterstützten Kulturangebote für weniger kulturaffine Personen einfacher zugänglich werden. Dafür braucht es entsprechende

Vermittlungsangebote. Es braucht innovative Wege zur Förderung der kulturellen Teilhabe.

Noch kurz zur Kultur-Legi: Es ist uns bewusst, dass der Kanton keinen gesetzlichen Auftrag für eine flächendeckende Abgabe der Kultur-Legi hat. Es wäre aber wünschenswert, dass das Angebot der Kultur-Legi breiter gestreut werden würde. Diese könnte in Absprache mit der Caritas (*Schweizer Hilfswerk*) beispielsweise auch sehr gezielt bei allen kantonally geförderten Institutionen und Projekten Einsatz finden. Schlussendlich ist aber klar, liebe Gemeindevertreterinnen und -vertreter, hier sind vor allem Sie in der Pflicht, Ihre Bewohnerinnen und Bewohner auf das Angebot hinzuweisen.

Zum Schluss noch eine Korrektur: Der Passus zur ZKB-Dividenden ist definitiv veraltet. Der Passus hatte vor gut zweieinhalb Jahren, als wir das Postulat eingereicht haben, seine Berechtigung. Heute ist die ZKB-Dividende aber weitestgehend verplant. Es ist aber auch nicht per se die Meinung, dass dieses Postulat einfach zu mehr Mitteln führt. Vielmehr geht es uns um eine weitere Sensibilisierung, dass das Kulturangebot und die Kultur ganz generell im Kanton Zürich für alle sein soll. In diesem Sinne bitte ich Sie, das Postulat zu unterstützen. Besten Dank.

*Rochus Burtscher (SVP, Dietikon):* Kultur ist ein wichtiges Gut, an dem sich die Gesellschaft orientieren kann. Deshalb sollte man bestrebt sein, Kultur bedacht ein- und umzusetzen. Kultur vermittelt Werte, die möglicherweise erst in Jahrzehnten zum Tragen kommen. «Kultur für alle und nicht für wenige» ist frei nach dem Slogan der SP und hier muss klar gesagt werden, dass die SP sehr grosszügig und freizügig mit dem Geld der anderen umgeht. Kultur ist nicht gleich Kultur und nicht alle sollen auf Kosten des Staates sich selbst verwirklichen dürfen. Wir haben früher immer auch schon gefordert, dass auch Kultur zu einem Teil selbsttragend sein soll. Man denke an die Gemälde, die mit hohen, sehr hohen Preisen weiterverkauft werden, und daran, dass die geförderten Künstler kein schlechtes Geld damit verdienen.

Die SP wirbt damit, dass Kultur ein Grundbedürfnis sei. Geht man nach den Online-Suchmaschinen und den psychologischen Gegebenheiten, dann weiss man, dass Atmen, Wärme, Trinken, Essen, Schlafen, Sicherheit, Ordnung, Gesundheit biologische Grundbedürfnisse sind. Was aber nicht vorkommt, ist das Grundbedürfnis nach Kultur. Die SP ist hier – beziehungsweise wie immer – nicht ganz ehrlich. Leider setzen die Genossen dieses irrtümlich als «menschlich» bezeichnetes Grundbedürfnis damit gleich, dass alles gratis zu haben sein soll; das haben wir vorher von Tobias Langenegger gehört. Und dann sollen gleichzeitig noch alle Kultureinrichtungen subventioniert, gefördert werden. Wie allgemein bekannt ist, ist die SP am besten darin, das Geld anderer zu verteilen beziehungsweise zu verschenken. Ich möchte hier Bundesrat Ueli Maurer zitieren: «Der Staat kann kein Geld verteilen, weil er keines hat. Er kann nur umverteilen. Was er den einen gibt, muss er den anderen wegnehmen.»

Ich bitte Sie, unterstützen Sie dieses Postulat definitiv nicht. Danke vielmals.

*Christoph Ziegler (GLP, Elgg):* Kultur entstand dem lateinischen Ackerbaubegriff «colere» und bedeutet so viel wie «bebauen, bestellen, pflegen». Man kann also überspitzt formulieren, dass Kultur die Art und Weise ist, wie wir unser Leben gestalten. Und in diesen dauernden, immerwährenden Prozess, da soll die ganze Bevölkerung eingebunden sein, also Kultur für alle. Kultur ist nichts Heimliches, sie soll transparent und allen zugänglich sein. Eine breite aktive und passive Teilhabe am kulturellen Leben durch alle Bevölkerungsteile hindurch schweisst die Gesellschaft zusammen. Kulturpolitik ist eben auch Gesellschaftspolitik. Wenn der Kanton Kulturinstitutionen unterstützt, soll er also auch auf dieses Kriterium achten. Er soll eine erleichterte Zugänglichkeit einfordern, was er durchaus schon jetzt macht. Die «Oper für alle» sei da erwähnt auf dem Sechseläuten-Platz. Die ist ein grosser Erfolg und hat das Genre «Oper» für Jung und Alt zugänglich gemacht. Und mit dem Jungen Theater Kanton Zürich wird der Besuch von Theater auf hohem Niveau auch für Schulklassen, Familien und Kinder niederschwellig in den Gemeinden möglich. Oder die Kultur-Legi ermöglicht Leute mit tiefem Einkommen einen vergünstigten Zugang zu vielen kulturellen Angeboten.

Die Regierung will das Postulat übernehmen und in diesem Bereich Klarheit schaffen. Es werden nämlich neben den grossen Häusern noch viele andere Institutionen subventioniert. Ich denke, ein Bericht schafft Transparenz, und ich bin eigentlich sicher, dass die Fachstelle Kultur damit aufzeigen kann, wie die Kultur im Kanton Zürich für alle zugänglich gemacht wird, was heute schon gemacht wird. Ja, und vielleicht entdeckt man dann noch neue Möglichkeiten und es wird klar, wo es Verbesserungspotenzial gibt. Die Annahme des Postulats fördert Transparenz – und darum geht es uns vor allem –, Transparenz im Bereich der Kulturfinanzierung. Die Regierung soll einen Bericht schreiben, den sie auch schreiben will. Geben wir ihr also die Chance und unterstützen das Postulat.

*Alexander Jäger (FDP, Zürich):* Ich lese Ihnen das Votum von Marc Bourgeois vor, der ja bereits ans Knabenschiessen gehen musste (*Heiterkeit*).

Hätten es die Postulantinnen beim Titel belassen, dann hätte die FDP zustimmen können: Kultur für alle statt für wenige. In der Tat spricht ein nicht unwesentlicher Teil des staatlich subventionierten Kulturangebots nur einen sehr kleinen Teil der Bevölkerung an, Kultur von wenigen für wenige. Deshalb haben wir vor einiger Zeit ja auch einen Crowdfunding-Vorstoss eingereicht (*KR-Nr. 107/2015*). Es ist der Vorstoss von Prisca Koller (*Altkantonsrätin*). Wir wollten, dass die Bevölkerung mehr Mitsprache bei der Ausgestaltung des Kulturangebots erhält und dieses nicht in einem Elfenbeinturm gezimmert wird. Sie haben diese Mitsprache alle abgelehnt.

Die Postulatsforderung wirft dann aber alles über den Haufen und zeugt von einer in unseren Augen fehlerhaften Problemanalyse. Anstatt sich zu überlegen, weshalb weite Bevölkerungskreise vollständig auf subventionierte Kultur verzichten, sollen die finanziellen Schleusen über Gratiseintritte und eine noch stärkere Subventionierung des Bestehenden geöffnet werden. Dass das mangelnde Interesse möglicherweise am Angebot liegen könnte, kommt den Postulanten nicht in den

Sinn. Der Eintritt an ein Konzert im Hallenstadion ist ja nicht per se günstiger als ein Eintritt ins Schauspielhaus, im Gegenteil. Trotzdem campieren Jugendliche gelegentlich vor dem Hallenstadion, um privilegierte Plätze zu erhalten, was ich an den Kassen der bis zur Nasenspitze subventionierten Kulturhäuser bisher noch nie beobachtet habe.

Die frühere Intendantin des Schauspielhauses (*Barbara Frey*) hat die in einigen Kulturbetrieben vorherrschende Geisteshaltung ja einmal trefflich auf den Punkt gebracht, als sie nach den Gründen für die tiefe Auslastung des Schauspielhauses gefragt wurde. Auch wenn es sich hierbei um ein städtisches Angebot handelt, trotzdem: Das Schauspielhaus könne ja nichts dafür, wenn die Bevölkerung den Wert des Gebotenen nicht erkenne. Mit so einer Einstellung füllt man sein Haus auch dann nicht, wenn der Steuerzahler 7 von 8 Franken berappt, oder neu 8 von 8 Franken. Viele der angesprochenen Menschen interessieren sich schlicht nicht für die gebotene Kultur. Insofern dürfte das Postulat mehr schaden als nützen. Die Kulturinstitutionen müssten noch weniger auf die Bedürfnisse der Bevölkerung achten. Daher scheint uns das Kulturangebot der kleineren Gemeinden deutlich bürgernäher.

Die FDP lehnt das Postulat ab.

*Judith Anna Stofer (AL, Zürich):* Ja, Alexander Jäger, gegen dieses Postulat kann man doch nicht sein, denn wir erfahren dann mehr. Wir erhalten vielleicht auch Ideen, wie man es besser machen könnte. Also ich verstehe nicht, warum die FDP dieses Postulat ablehnt.

Kultur gehört zur Gesellschaft, Kultur ist für alle wichtig. Kultur ist nichts Elitäres, sie gehört zum menschlichen Dasein. Kultur muss darum für alle zugänglich sein. Das ist ja momentan nicht der Fall, weil viele Leute mit tiefem Einkommen sich gar keine Vorstellungen zum Beispiel im Opernhaus leisten können. Es ist einfach schlichtweg zu teuer.

Die Alternative Liste steht zur Kultur und wir möchten ein breiteres Kulturangebot in diesem Kanton. Es ist wirklich nicht sehr ausgebaut, dieses Kulturangebot im Kanton Zürich, und wir wollen mehr. Ich erinnere mich, ich habe zehn Jahre lang in der Westschweiz gelebt: Da gab es jeden Sommer ein Kulturfest, ein Kulturfest überall für alle, und es war für alle gratis zugänglich. Es gab Musik, Theater, Ausstellungen, es war wirklich immer ein Fest. Und es ist immer noch so in der Westschweiz, dass der Sommer immer ein Kulturfest ist, und so etwas würde ich mir auch für den Kanton Zürich wünschen.

Die Alternative Liste wird dieses Postulat sehr gerne unterstützen.

*Dieter Kläy (FDP, Winterthur):* Auch die FDP ist selbstverständlich für Kultur. Das Postulat suggeriert aber, dass die Kultur im Kanton Zürich für wenige statt für alle ist, beziehungsweise, wie ich jetzt von der Vorrednerin erfahren konnte, es eigentlich zu wenig Kultur gibt, zu wenig breit abgestützte Kultur. Diesen Eindruck kann ich nicht bestätigen. Ich bin in mehreren Kulturinstitutionen tätig und in den letzten Jahren ist sehr, sehr viel gelaufen. Man hat Leistungsverträge ge-

macht zwischen den Gemeinden und Kulturinstitutionen. Man hat sehr viel Transparenz geschaffen. Leistungsverträge beinhalten finanzielle Leistungen der öffentlichen Hand, und als Gegenleistung müssen die entsprechenden Kulturinstitutionen Gratisveranstaltungen durchführen. Also ich nenne beispielsweise die Blasmusikkonzerte et cetera, et cetera. Wir haben hier also in den letzten Jahren sehr, sehr vieles neu dazu bekommen. Wir haben Subventionen, wir haben Beiträge von privaten Organisationen, wir haben Sponsoren, wir haben ein Mäzenatentum. All diese Elemente führen dazu, dass die Kultur breiter abgestützt und breiter ermöglicht werden kann.

Das Theater für den Kanton Zürich ist genannt worden. Wir hatten ja vor einiger Zeit zusätzliche Mittel gesprochen. Also wir sind hier eigentlich sehr gut auf dem Weg und haben einen breit ausgebildeten Fördergedanken im Kanton Zürich und natürlich auch in den Gemeinden, vor allem natürlich in den grösseren Städten. Jetzt ist die Frage gekommen: Soll sich die Fachstelle für Kultur hier noch mit einem weiteren Bericht vernehmen lassen? Ich empfehle Ihnen, einmal den 100-seitigen Jahresbericht zu studieren. Der kommt jedes Jahr und dort hat es sehr, sehr viele interessante Informationen. Dort ist auch die Leistung dargelegt, die eben die Fachstelle für Kultur macht und erbringt. Ich glaube, dieser Bericht dürfte reichen. Deshalb unterstützen wir das Postulat nicht.

*Paul von Euw (SVP, Bauma):* Dieter Kläy hat vieles schon gesagt, was ich ebenfalls sagen wollte, dem ist nichts mehr beizufügen. Ich möchte es reduzieren auf die Einfachheit des Themas «Kultur für jeden Mann, jede Frau zugänglich»: Ist es das heute nicht? Doch, das ist es. Ich kenne niemanden, der von der Kultur ausgeschlossen wird. Wenn dem so wäre, bitte ich die Postulantinnen und Postulanten, dies noch aufzuzeigen. Und wenn Sie sagen «Doch, es werden Leute von der Kultur ausgeschlossen», dann hat es vielleicht mit dem elitären Dasein – dem hauptsächlichlichen – der Kultur zu tun. Es sind knapp 130 Millionen Franken, die an die Stadt Zürich jährlich ausbezahlt werden, inklusive Opernhaus, welches per Gesetz bezahlt werden muss, aber ebenfalls in den Zürcher Perimeter fliesst, fast 130 Millionen Franken. Da ist klar, dass der Rest der Kulturförderung für das nicht elitäre Volk oder die Bevölkerung nicht mehr reicht. Das bedeutet nicht, dass wir jetzt den Topf noch erweitern müssen, das ist nämlich die Quintessenz dieses Postulates. Die Regulierung wird als Antwort sagen: «Ja, wir brauchen mehr Geld, dann erreichen wir noch mehr Leute.» Nein, wir erreichen die Leute, die wir mit richtig investiertem Geld ansprechen. Und das sind die restlichen, etwa 1,2 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Zürich. Wenn wir Kultur fördern, die auch Anklang findet, dann müssen wir nicht über Kulturförderung oder Ausgrenzungen zum Kulturbereich sprechen, dann hätten wir kein Problem. Also das Fazit ist folgendes: Der Kanton Zürich investiert sein Geld in die Kultur am falschen Ort – Punkt. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

*Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach):* Was wir jetzt gerade gehört haben, ist wieder ein schönes Beispiel der Verpolitisierung der Kultur durch Paul von Euw, und für uns Grüne ist es selbstverständlich so, dass man genau davon die Finger lässt. Es

herrscht künstlerische Freiheit, und das gilt übrigens auch für die Ausstellungsmacherinnen und -macher, genauso wie für die Theaterintendantinnen und -intendanten und so weiter. Haben Sie jemals von einem grünen oder linken Vertreter oder einer Vertreterin gehört, dass wir ein Ländlerfest nicht gutheissen würden, dass wir Ihnen das vermiesen wollen oder irgend so etwas? Noch nie. Wir respektieren in unserem Kanton sämtliche kulturelle Produktionen, die es gibt. Wir respektieren sämtliche Ausrichtungen, seien sie nun – in Führungszeichen – politisch links oder rechts. Ich bin übrigens als politisch Linker mit Ländlern im Haushalt aufgewachsen und höre sie noch heute gern, das hat überhaupt nichts mit der politischen Ausrichtung zu tun.

Das Postulat der SP ist richtig. Wir von den Grünen unterstützen es. Es ist richtig, zu überprüfen, ob dieses kulturelle Angebot – Herr von Euw, seien es nun Ländler oder sei es irgendeine ultralinke Theaterinszenierung, wenn man so will –, ob diese Kultur im Kanton Zürich für alle genug zugänglich ist. Wir begrüssen es auch, dass man nochmals überlegt, ob man vielleicht mehr freie Nachmittage und an verschiedenen Institutionen freie Nachmittage einführen kann, an denen der Eintritt gratis ist. Ich erinnere mich selber, ich kenne die Bilder im Kunsthaus aus der allgemeinen Ausstellung beinahe auswendig, weil meine Mutter mich immer – und meinem Bruder dazu – am freien Nachmittag in dieses Kunsthaus geschleppt hat. Am Anfang fanden wir es mühsam, mit der Zeit waren wir fast dort zu Hause. Und ich muss sagen, es geht mir heute noch so, viele Kindheitserinnerungen sind an gewisse Bilder im Kunsthaus geknüpft. Oder als «Olivestone» (*Installation des deutschen Künstlers Joseph Beuys*) zum ersten Mal ausgestellt wurde: Das war für mich total komisch, in diesen Olivengeruch hineinzukommen, den ich heute noch in meiner Nase trage. Sie sehen, das hat genau mit diesen freien Nachmittagen zu tun, da hat meine Mama mich mitgenommen.

Das Postulat ist richtig. Vielleicht nur ein kleiner Seitenhieb noch an unsere Genossen: Auch ein gutes Postulat muss man ja nicht immer gerade noch mit dem Parteislogan «für alle statt für wenige» verknüpfen. Ich glaube, dann fällt es noch einigen viel einfacher, es zu unterstützen. Ich danke Ihnen.

*Hans-Peter Amrein (parteilos, Küsnacht):* Das bedingungslose Grundeinkommen (*Vorlage 5732a*) wurde nicht überwiesen, somit kommen am freien Nachmittag auch nicht so viele Leute, und so ist das auch nicht nötig, was du hier erzählst. Oder wenn ich sehe, Maya Graf (*Ständerätin*) gegen Schwingfest, 5000 Leute gegen das Schwingfest in Pratteln, eure grosse Ikone von den Grünen, die da die Front geführt hat, dann bin ich einfach nicht so sicher, ob das alles so ernst gemeint ist oder ob das wieder einmal viel heisse Luft ist, Thomas Forrer.

Aber ich hätte eine Idee, wo wir etwas tun könnten zusammen, und das betrifft das Fraumünster. Ich liebe es, ins Fraumünster zu gehen, und viele von Ihnen auch weil dort die Bilder von Marc Chagall (*französisch-russischer Maler*) sind. Seit kurzem gehe ich nicht mehr, es kostet 5 Franken, das ist nicht in Ordnung. Also schauen Sie das einmal an, machen Sie solche Vorstösse. Schauen Sie, dass die Kirche, die von uns ja wirklich gehätschelt wird, dass die sich auch um das Wohl

der Kunstinteressierten kümmert. Da bin ich dabei, aber nicht bei solchen Vorstössen hier, die wieder viel Rauch um nichts sind.

*Tobias Langenegger (SP, Zürich) spricht zum zweiten Mal:* Ich mache es ganz kurz, ich möchte noch auf zwei Voten eingehen. Das eine ist von Alexander Jäger, das er in Stellvertretung verlesen hat: Es geht genau auch darum, Kulturangebote von kleinen Gemeinden zu unterstützen. Das sieht man auch, Dieter Kläy hat darauf hingewiesen, im Tätigkeitsbericht. Diese 16 Millionen Franken, die ich eingangs erwähnt habe, das ist eben nicht das Opernhaus, das ist eben nicht das Theater des Kantons Zürich, das sind ganz verschiedene über 100 Kulturinstitutionen, die sind sehr viel auch in Gemeinden, in anderen Städten als der Stadt Zürich, genau dort soll die Kultur für alle zugänglich werden.

Ich möchte noch einen Satz zu Rochus Burtscher sagen, du hast mehrmals gesagt: Ihr seid nicht ganz ehrlich, ihr macht alles gratis, ihr verteilt, ihr verschenkt. Ich finde es wirklich wichtig, dass man versucht, das Postulat genau zu lesen und auch zu verstehen, was dort drinsteht. Nun kann es mal passieren, dass man keine Zeit dafür hat, aber dann muss man zuhören, was der Redner sagt, wenn er das Postulat erklärt. Das hast du nicht gemacht, und das möchte ich ein bisschen bemängeln. Das hat nämlich auch mit Kultur zu tun, nämlich mit der Diskussionskultur. Vielen Dank.

*Paul von Euw (SVP, Bauma) spricht zum zweiten Mal:* Entschuldigung, ich komme noch einmal, mir fehlt noch eine Antwort. Ich fragte, welche Personengruppen oder wer konkret von der Kultur ausgeschlossen ist. Wir haben das nun x-mal gehört. Leider hat sich noch niemand dazu geäußert. Ich möchte Sie bitten – vielleicht haben Sie, Herr Katumba (*Andrew Katumba*), eine Antwort –, dass Sie diese Antwort hier dem Rat noch geben. Besten Dank.

*Regierungsrätin Jacqueline Fehr:* Ich versuche gerade die letzte Frage zu beantworten: Am Besuch von Kultur sind Menschen gehindert oder eingeschränkt, die vor der Schwelle der Kulturinstitutionen zurückschrecken. Das kann ökonomische Gründe haben, aber das hat häufig eher gesellschaftliche Gründe, dass sie es nicht gelernt haben, dass sie nicht wissen, wie das so ist im Opernhaus, was man da anziehen muss, ob man da drauskommen muss, wen man da antrifft, wie das in einem Museum ist, ob man etwas sagen muss zu einem Bild, ob man da irgendetwas verstehen muss, ob ich mich da irgendwie peinlich aufführe, wenn ich mich so oder anders verhalte. Das sind die wesentlichen Gründe oder das ist der wesentliche Kontext, wo Menschen daran gehindert sind.

Das wichtigste Mittel dagegen sind natürlich die Erfahrungen in der Kindheit, also die Schulen, die diese Kulturinstitutionen besuchen. Wenn man das als Kind schon gelernt hat, wenn man sich als Kind schon gewohnt ist, wie das geht in einem Theater, in einem Museum, in einem was auch immer, dann ist die Schwelle anschliessend nicht mehr so hoch. Es geht also bei diesem Postulat um Abbau von Schwellen; das können preisliche sein, das können aber auch andere Schwellen sein. Es ist der Regierung sehr wichtig, dass wir diese Angebote, die

wir auch mitfinanzieren, so ausgestalten, dass sie eben zugänglich sind, dass Hürden abgebaut werden können, dass die Schwellen niedrig sind. Dazu gibt es verschiedene Massnahmen. Diese würden wir in diesem Postulatsbericht gerne darstellen. Die Preise können eine Hürde sein, die stehen allerdings tatsächlich in einem Spannungsfeld zur Gratiskultur, was auch ein falsches Signal ist, weil hinter Kultur ja auch Erarbeitungsleistung steht. Dieses Spannungsfeld, die Massnahmen, die Möglichkeiten, die bereits bestehen, aber die auch noch ausgebaut werden können, die möchten wir gerne darstellen in diesem Bericht. Das ist der Grund, weshalb der Regierungsrat bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen.

*Hans-Peter Amrein (parteilos, Küssnacht) spricht zum zweiten Mal:* Frau Regierungsrätin Fehr, wir sehen hier seit etwa drei, vier Wochen, seit wir nach den Sommerferien zurück sind, irgendwie ein neues Phänomen: Die linken Regierungsglieder, Fehr und Neukom (*Baudirektor Martin Neukom*) kommen hier nach Vorstössen der Linken und erzählen uns lang und breit, warum man das überweisen soll. Es geht jetzt um die Überweisung eines Postulates, Frau Fehr, das können Sie nachher bringen. Aber wenn natürlich jedes Mal ein Regierungsrat kommt, der dann noch erzählt, wieso man das jetzt unbedingt unterstützen und überweisen soll, dann bin ich langsam so weit, dass ich sage: Ich hätte gern Einblick in die Regierungsratssitzungen und ich möchte, dass diese öffentlich sind. Dann sehe ich nämlich, wie da plädiert wird. Aber das kann es ja nicht sein, dass man von jetzt an bis im Februar Wahlkampf macht von Ihrer Seite und von Seite von Herrn Neukom.

#### *Abstimmung*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 89 : 72 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 116/2020 zu überweisen.** Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert zweier Jahre.

Das Geschäft ist erledigt.